



Gemeinderat

Protokoll Nr. 4 / 2012

Datum 10. Mai 2012

Dauer 13.30 - 19.15 Uhr

Anwesend

Präsident Thomas Leibundgut

Mitglieder Dr. Thomas Audétat

Oliver Hohl

Martha Widmer-Spreiter

Romano Cahannes

Reto Kühnis

Dr. Carla Maissen

Dr. Giancarlo Sala

Anita Mazzetta

Dr. Jürg Kappeler

Dr. Dominik Infanger

Franco Lurati

Müller Adrian Karl

Dr. Hans Martin Meuli (bis 16.00 Uhr)

Christian Durisch

Rita Cavegn Hänni

Beda Frei

Tina Gartmann-Albin

Stefan Grass

Thomas Hensel

Nora Scheel

Stadtrat Stadtpräsident Christian Boner

Stadträtin Doris Caviezel-Hidber

Stadtrat Roland Tremp

Protokoll Stadtschreiber Markus Frauenfelder



Traktanden

1. Protokoll der Sitzung vom 12. April 2012
2. Ersatzwahl in die Jugendkommission für den Rest der Amtsperiode 2009 - 2012 Nr. 450.03
3. Gemeindesportanlagenkonzept GESAK - Bewegung und Sport in der Stadt Chur; Redimensionierung, vier Ausführungsvarianten Botsch. Nr. 333.09
4. Entschädigung des Kantons für die an die Stadt übertragenen polizeilichen Aufgaben; Bericht (Auftrag Nr. 7 Aufgaben- und Leistungsüberprüfung) Botsch. Nr. 501.03
5. Überprüfung von Organisation und Prozessen im Departement 3, insbesondere Reorganisation der Werkhöfe Gartenbau und Werkbetrieb; Schlussbericht OBT, Kenntnisnahme und weiteres Vorgehen (Auftrag Nr. 9 Aufgaben- und Leistungsüberprüfung) Botsch. Nr. 490.03
6. Auftrag Jürg Kappeler und Mitunterzeichnende betreffend Benchmarking für Leistungen der Stadt Chur; Bericht Nr. 492.02
7. Auftrag Jürg Kappeler und Mitunterzeichnende betreffend Einführung Spezialfinanzierungen Abwasserbeseitigung und Abfallbeseitigung; Bericht Nr. 493.02
8. Auftrag Nora Scheel und Mitunterzeichnende betreffend Ausgleich von Planungsmehrwerten; Bericht Nr. 484.04
9. Fragestunde gemäss Art. 61 Geschäftsordnung

1. Protokoll der Sitzung vom 12. April 2012

Das Protokoll der letzten Sitzung wird einstimmig genehmigt.

2. Ersatzwahl in die Jugendkommission für den Rest der Amtsperiode 2009 - 2012

Mit SRB 243 vom 16. April 2012 schlägt der Stadtrat folgende Personen zur Wahl in die Jugendkommission vor:

- Bruno Kühne, geboren am 1. August 1967
- Romano Zoppi, geboren am 31. August 1984
- Pascal Pajic, geboren am 8. April 1993

**Abstimmung:**

Folgende Personen werden offen und einstimmig in die Jugendkommission gewählt:

- Bruno Kühne (Vertreter Katholische Kirchgemeinde)
- Romano Zoppi (Vertreter Musikszene Chur)
- Pascal Pajic (Vertreter Schülerorganisation Bündner Kantonsschule)

3. Gemeindesportanlagenkonzept GESAK - Bewegung und Sport in der Stadt Chur; Redimensionierung, vier Ausführungsvarianten

Mit Botschaft Nr. 333.09 beantragt der Stadtrat:

1. *Das redimensionierte „Gemeindesportanlagenkonzept GESAK“, 1. Etappe „Sporthalle / Fussballplätze“ (Variante 4) wird genehmigt und ein Bruttokredit von Fr. 39'300'000.-- inkl. MwSt. bewilligt (Konto 28.5030.032, $\pm$ 20 %, Kostenstand März 2010).*
2. *Der Kredit untersteht gestützt auf Art. 11 lit. b Stadtverfassung dem obligatorischen Referendum.*
3. *Der Auftrag Christian Durisch und Mitunterzeichnende betreffend Sportanlagen Obere Au, Kunsteisbahn, Hallenstadion Garderoben, wird als erledigt abgeschrieben.*

EINTRETEN

Für die Beratung dieses Geschäfts nehmen der **Stadtarchitekt** sowie der **Leiter der Finanz- und Liegenschaftenverwaltung** Einsitz.

Der Handlungsbedarf im Bereich der Sportanlagen ist in der Debatte unbestritten.

- **Antrag Cahannes**

- „1. Realisierung der Fussballanlage gemäss Variante 1 bzw. 4 der stadträtlichen Botschaft Nr. 333.09 und Realisierung eines geschlossenen Eisfeldes (Eishalle) mit einem Spielfeld.“*



2. *Der Stadtrat sei zu verpflichten, zeitgleich mit der Inbetriebnahme der neuen Fussballfelder in der Oberen Au mindestens 50 % der Fläche des Areals Ringstrasse im Baurecht an Investoren abzugeben. Dafür sei die Erarbeitung der planerischen Grundlagen unverzüglich an die Hand zu nehmen.*
3. *Der Stadtrat sei zu verpflichten, dem Gemeinderat in der Frühjahrssession 2015 eine Botschaft für die Realisierung der Sporthalle vorzulegen.“*

Der Gemeinderat habe das Konzept im Jahr 2008 in zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen, führt **Cahannes** in Begründung seines Antrags aus. Daran habe sich bis heute nichts geändert, doch gehe es nun darum, eine für die Stadt in sportlicher und finanzieller Hinsicht mehrheitsfähige Lösung zu finden. Aus Sicht der CVP sei der Bedarf beim Fussball am dringendsten. Damit müsste die Variante 1 favorisiert werden, doch weise diese Mängel auf. Mit Investitionskosten von 26.5 Mio. Franken sowie jährlich wiederkehrenden Kosten von 2 Mio. Franken sei die beantragte Variante zudem günstiger als diejenige des Stadtrates. Für die Priorisierung des Fussballs spreche zudem, dass damit eine Umnutzung des Sportplatzes Ringstrasse ermöglicht werde, welche der Stadt zu jährlich wiederkehrenden Einnahmen ver helfe.

Für die Variante 4 wird argumentiert, dass mit einer Dreifachhalle sehr viele Bedürfnisse der Sporttreibenden befriedigt werden könnten. Zudem wird darauf hingewiesen, die innerstädtischen Bewegungsräume dürften nicht vergessen werden, diese seien für eine Zustimmung durch das Volk wichtig. Rein finanziell könne sich die Stadt das GESAK eigentlich nicht leisten, doch sei es im vorliegenden Fall verantwortbar, wenn auch künftige Generationen ihren Beitrag leisteten.

- **Antrag Lurati**

„Der Stadtrat sei zu beauftragen, dem Gemeinderat den für die vorgeschlagene Variante erforderlichen Bruttokredit mit einer Kostengenauigkeit von +/- 10 % zur Genehmigung zu unterbreiten.“

Die vom Stadtrat beantragte Variante 4 stösst auf Kritik, zum einen, weil in diesem Falle die Eisbenutzenden die grossen Verlierer wären. Zudem decke diese Variante nicht alle Bedürfnisse ab, und es frage sich, welche Zusatzbedürfnisse, und damit verbunden, Kosten, entstehen würden. In der Botschaft würden zudem keine eigentlichen Finanzierungsvarianten aufgezeigt. Auch würden bei den finanziellen Auswirkungen die möglichen Einnahmen der Ringstrasse nicht berücksichtigt. Das kommende Tourismusabga-



beigesetz (TAG) sehe zudem eine Mitfinanzierungsmöglichkeit seitens Kanton vor, welche in der Botschaft nicht erwähnt werde. Zu bedenken sei auch, dass je nach gewählter Variante mehr oder weniger finanzieller Nutzen generiert werde, was in der Botschaft ebenfalls unerwähnt geblieben sei.

- **Antrag SP-Fraktion**

- „1. Das Projekt Gemeindesportanlagenkonzept GESAK, 1. Etappe „Sporthalle/ Fussballplätze“ (Variante 4) wird genehmigt und ein Bruttokredit von Fr. 39'300'000.-- inkl. MwSt. bewilligt.
2. Das Projekt Gemeindesportanlagenkonzept GESAK, 2. Etappe „Modul Eishalle/Anteil innerstädtische Bewegungsräume“ (Variante 3 ohne Unterkünfte), Realisierung bis 2017, wird genehmigt und ein Bruttokredit von Fr. 14'500'000.-- inkl. MwSt. bewilligt.
3. Beide Etappen werden als ein Paket zur Abstimmung gebracht.
4. Die Kredite unterstehen gestützt auf Art. 11 lit. b der Stadtverfassung dem obligatorischen Referendum.“

Die SP sieht die Dreifachhalle als Bedürfnis; sie schaffe zudem Klarheit für alle grossen Sportvereine. Gegen den Antrag wird argumentiert, man solle nicht Beschlüsse für die Zukunft fassen; die dannzumalige Finanzlage müsse bekannt sein. Für den Antrag der SP wird angeführt, dass das Weglassen eines wichtigen Teils das GESAK gefährden könnte; zudem seien die Kosten heute bekannt. Das eigentliche Problem seien die Betriebskosten, die z.B. mit der Jahresrechnung 2011 nicht finanzierbar wären. Es gelte, dem Volk die Finanzierung transparent vorzulegen; letztlich werde es aber nur mit einer Steuererhöhung gehen.

Der **Stadtpräsident** führt aus, die Stadt werde sich für das GESAK verschulden müssen. Im Jahr 2000 habe das Fremdkapital der Stadt 282 Mio. Franken betragen, im Jahr 2011 237 Mio. Franken. Die Nettoverschuldung sei zudem mit 128 Mio. Franken im Jahr 2000 höher gewesen als die aktuellen 103 Mio. Franken. Sollte der Antrag der CVP angenommen werden, würde derjenige Teil GESAK verschoben, der über den höchsten Detaillierungs- bzw. Planungsstand verfügt. In der Folge geht der Stadtpräsident auf Falschaussagen in den Medien ein und rekapituliert die Entstehungsgeschichte des GESAK, welche ihren Anfang mit der Motion Durisch nahm. Die entsprechende Botschaft, welche Grundlage der vorliegenden Varianten bilde, habe der Gemeinderat im



Jahr 2008 einstimmig in zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen. Mittlerweile müsse man sagen, was lange währt, müsse jetzt einfach gut werden. Er sei erfreut über den im Rat spürbaren Grundkonsens. Eine Volksabstimmung sei nur zu gewinnen, wenn das Projekt breit abgestützt sei, auch von denjenigen, die in der 1. Etappe nicht zum Zug kämen. In der Folge führt der Stadtpräsident nochmals die Argumente an, welche den Stadtrat zum Entscheid für die Variante 4 bewogen haben. Die Baurechtszinseinnahmen, welche aus der Vergabe der Areale alte KEB, Florentini sowie Ringstrasse resultierten, könnten mit rund 500'000 Franken jährlich grob veranschlagt werden. Für eine rasche Realisierung der Dreifachhalle spreche die vollständige Auslastung sämtlicher umliegender Hallen; aktuell müssten immer wieder Anfragen für Hallenbelegungen abschlägig beantwortet werden. Von einer neuen Halle könnten mithin zahlreiche Sportarten profitieren. Auch das Eisfeld sei an sich unbestritten, und der Stadtrat wolle dem Gemeinderat im Jahr 2014 eine Botschaft vorlegen mit dem Ziel, die Eishalle in den Voranschlag 2015 aufzunehmen. Was das Tourismusabgabegesetz TAG angehe, so sei dort noch vieles im Ungewissen, v.a. auch die Frage eines Referendums. Zum Antrag Lurati sei zu sagen, dass dieser zu einer spürbaren Verzögerung führen werde, da die Erreichung einer höheren Kostengenauigkeit sehr aufwändig und teuer sei.

- **Antrag Kappeler**

„Der Stadtrat wird beauftragt, auch Einnahmen aus einer zukünftigen TAG zur Finanzierung der Sportanlagen zu berücksichtigen.“

- **Antrag Kappeler**

„Der Stadtrat wird beauftragt, die Entscheide zum Betreibermodell durch den Gemeinderat nach der Genehmigung von Projekt und Baukredit fällen zu lassen.“

- **Antrag Kappeler**

„Der Stadtrat wird beauftragt, in der Kreditvorlage ans Volk auch den finanziellen Nutzen aus den umgenutzten Flächen zu integrieren resp. zu beziffern.“

Der **Stadtpräsident** erklärt sich bereit, Aussagen zum resultierenden finanziellen Nutzen in der Botschaft zu machen. Aussagen zu möglichen Einnahmen aus dem Tourismusabgabegesetz hingegen seien momentan dermassen vage, dass der entsprechende Antrag nicht erfüllbar sei. Es sei zudem geplant, die neuen Anlagen ebenfalls mit dem bestehenden Organisationsmodell zu betreiben.



Kappeler zieht seinen Antrag betreffend finanziellem Nutzen zurück.

- **Antrag Hensel**

„Die beiden obsiegenden Varianten werden beide als Varianten dem Volk zur Abstimmung vorgelegt.“

Abstimmungen:

- Der Antrag Hensel (Variantenabstimmung) wird mit 11 zu 10 Stimmen abgelehnt.
- Der Antrag Lurati (Kostengenaugigkeit) wird mit 11 zu 10 Stimmen angenommen.
- Der Antrag Kappeler (TAG) wird mit 15 Stimmen zu 5 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.
- Der Antrag Kappeler (Betreibermodell) wird mit 17 zu 4 Stimmen abgelehnt.

Es verbleiben die Hauptanträge des Stadtrates, der CVP und der SP. Über diese wird gestützt auf Art. 44 Abs. 2 Geschäftsordnung abgestimmt. In einer ersten Abstimmung entfallen auf den Antrag der CVP 11 Stimmen, auf den Antrag der SP 10 Stimmen sowie auf den Antrag des Stadtrates 0 Stimmen. Damit ist der Antrag der CVP angenommen.

Schlussabstimmung:

Mit 11 zu 10 Stimmen fasst der Gemeinderat folgende Beschlüsse:

1. Realisierung der Fussballanlage gemäss Variante 1 bzw. 4 der stadträtlichen Botschaft Nr. 333.09 und Realisierung eines geschlossenen Eisfeldes (Eishalle) mit einem Spielfeld.
2. Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat den für die vorgeschlagene Variante erforderlichen Bruttokredit mit einer Kostengenaugigkeit von +/- 10 % zur Genehmigung zu unterbreiten.
3. Der Stadtrat wird verpflichtet, zeitgleich mit der Inbetriebnahme der neuen Fussballfelder in der Oberen Au mindestens 50 % der Fläche des Areals Ringstrasse im Baurecht an Investoren abzugeben. Dafür ist die Erarbeitung der planerischen Grundlagen unverzüglich an die Hand zu nehmen.



4. Der Stadtrat wird verpflichtet, dem Gemeinderat in der Frühjahrssession 2015 eine Botschaft für die Realisierung der Sporthalle vorzulegen.
5. Der Kredit untersteht gestützt auf Art. 11 lit. b Stadtverfassung dem obligatorischen Referendum.
6. Der Auftrag Christian Durisch und Mitunterzeichnende betreffend Sportanlagen Obere Au, Kunsteisbahn, Hallenstadion Garderoben wird einstimmig als erledigt abgeschrieben.

4. Entschädigung des Kantons für die an die Stadt übertragenen polizeilichen Aufgaben; Bericht (Auftrag Nr. 7 Aufgaben- und Leistungsüberprüfung)

Mit Botschaft Nr. 501.03 beantragt der Stadtrat:

1. *Vom Bericht betreffend Ergebnis der Verhandlungen mit dem Kanton, die Entschädigung des Kantons für die der Stadt übertragenen polizeilichen Aufgaben um mindestens 800'000 Franken zu erhöhen, wird Kenntnis genommen (Auftrag Nr. 7 Aufgaben- und Leistungsüberprüfung).*
2. *Auftrag Nr. 7 gemäss Schlussbericht der Vorberatungskommission Aufgaben- und Leistungsüberprüfung betreffend Stadtpolizei, überwiesen am 10. März 2011, wird als erledigt abgeschrieben.*

- **Antrag Mazzetta**

„Der Stadtrat kündigt den Vertrag mit dem Kanton betreffend die Übertragung von Aufgaben der Kantonspolizei an die Stadtpolizei auf Ende 2012 und nimmt Verhandlungen mit dem Kanton auf für eine angemessene Entschädigung für die der Stadtpolizei übertragenen und durch diese geleisteten Dienste.“

Die Stadt habe nicht wirklich mit dem Kanton verhandelt, begründet **Frau Mazzetta** ihren Antrag. Die Kündigung des Vertrags diene als Druckmittel für erfolgreiche Verhandlungen.



Dieser Antrag wird erwartungsgemäss kontrovers diskutiert. Dagegen wird angeführt, die Stadt würde bei einer Kündigung des Vertrags sämtliche Trümpfe aus der Hand geben. Die Einheitspolizei habe aktuell keine gesetzliche Grundlage. Sobald diese vorhanden sei, solle der Stadtrat eine Botschaft unterbreiten, in welcher Vor- und Nachteile einer Einheitspolizei aufgezeigt würden. Die Risiken, welche eine Einheitspolizei für die Stadt bringe, seien jedoch erheblich. Zudem sei es ein Irrtum zu glauben, die Stadt werde finanziell entlastet. Nicht zu vergessen sei zudem, dass die gemeindepolizeilichen Aufgaben bei der Stadt verbleiben würden.

Der **Stadtpräsident** wehrt sich gegen den Vorwurf, der Stadtrat habe nicht gut verhandelt. Die Zusammenarbeit zwischen Stadtpolizei und Kantonspolizei sei sehr gut, doch sei die Entschädigung des Kantons viel zu tief. Der zuständige Regierungsrat habe sich gegen eine Erhöhung der Entschädigung zum jetzigen Zeitpunkt ausgesprochen, der Stadt jedoch zugesichert, dass die Schaffung gesetzlicher Grundlagen für eine Einheitspolizei - mit verschiedenen Varianten - geprüft werde. Auf den Kanton kämen erhebliche Mehrausgaben zu, weshalb er zurückhaltend sei. Eine Kündigung des Vertrags würde die Position der Stadt schwächen, denn sie würde bedeuten, dass sie an einer weiteren Zusammenarbeit nicht mehr interessiert ist. Die Einheitspolizei brächte für die Stadt eine drastische Verschlechterung bei der polizeilichen Versorgung und würde zu zahlreichen Entlassungen führen.

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 17 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Abstimmung:

1. Vom Bericht betreffend Ergebnis der Verhandlungen mit dem Kanton, die Entschädigung des Kantons für die der Stadt übertragenen polizeilichen Aufgaben um mindestens 800'000 Franken zu erhöhen, wird Kenntnis genommen (Auftrag Nr. 7 Aufgaben- und Leistungsüberprüfung).
2. Die Abschreibung von Auftrag Nr. 7 gemäss Schlussbericht der Vorberatungskommission Aufgaben- und Leistungsüberprüfung betreffend Stadtpolizei, überwiesen am 10. März 2011, wird mit 16 zu 4 Stimmen abgelehnt.



5. Überprüfung von Organisation und Prozessen im Departement 3, insbesondere Reorganisation der Werkhöfe Gartenbau und Werkbetrieb; Schlussbericht OBT, Kenntnisnahme und weiteres Vorgehen (Auftrag Nr. 9 Aufgaben- und Leistungsüberprüfung)

Mit Botschaft Nr. 490.03 beantragt der Stadtrat:

1. *Von den Massnahmenvorschlägen des Schlussberichts OBT zum Departement 3 wird Kenntnis genommen.*
2. *Massnahme 29, Umteilung der Forst- und Alpverwaltung als Dienststelle vom Departement 2 in das Departement 3, wird per 1. Januar 2013 umgesetzt.*
3. *Die Massnahmen 2, 7, 9, 10, 13 - 16, 19, 20, 22, 24 - 26 und 32 werden weiter verfolgt. Im Rahmen von internen Projekten werden zu den genannten Massnahmen Entscheidungsgrundlagen erarbeitet. Über die Umsetzung wird der Stadtrat bis im Frühjahr 2013 Bericht erstatten und Antrag stellen.*

Der OBT-Bericht wird kritisch aufgenommen. Ihm wird jedoch attestiert, ein nützliches Planungsinstrument für die nächsten Jahre zu sein, denn er gebe einige wertvolle Inputs. Der Bericht zeige Schwachstellen auf, die es in jeder Organisation gebe, stelle jedoch fest, dass die Aufgaben im Departement 3 kompetent und engagiert erfüllt würden. Der vom Stadtrat vorgeschlagene Umsetzungstermin wird als verfrüht bezeichnet.

- **Antrag Sala**

Der Schlusssatz in Ziff. 3 sei wie folgt zu ändern:

„Über die Umsetzung wird der Stadtrat bis im Frühling 2014 Bericht erstatten und Antrag stellen.“

- **Antrag Kappeler**

„Der Stadtrat wird beauftragt, den OBT-Bericht ohne Mehrkosten für die Stadt aktualisieren zu lassen.“

Kappeler ortet zahlreiche Fehler im Bericht, die auch der Stadtrat in seiner Botschaft bemängelt. Besonders stören ihn die Aussagen im „Summary“, es gelte, den Drang zu „mehr und noch besseren Leistungen“ einzudämmen und wieder ein „angemessenes



Kosten-Nutzen-Verhältnis“ anzustreben. Diese Aussagen seien im Bericht nicht weiter begründet. Auch die vorgeschlagenen Einsparungen würden durch OBT nicht belegt.

In der Diskussion wird es als unverständlich bezeichnet, dass die offensichtlichen und vom Stadtrat in seiner Botschaft aufgeführten Fehler nicht korrigiert worden sind. Kritisiert wird zudem, dass der Vorsteher des Departements 3 bei der Behandlung des Geschäfts im Stadtrat nicht im Ausstand war. Zum Bericht wird bemerkt, dass man für die rund 60'000 Franken, welche dieser gekostet habe, nicht mehr erwarten dürfe. Es liege eine Aussensicht vor, die als Planungsinstrument für den künftigen Stadtrat dienen könne.

- **Antrag Audétat**

„Zusätzlich zu den vom Stadtrat in Antrag Nr. 3 beantragten Massnahmen werden auch die Massnahmen 11, 18 und 28 weiter verfolgt.“

GPK-Präsident Frei führt aus, seine Kommission habe den Auftrag nicht als Ausdruck von Misstrauen betrachtet, sondern als Beitrag zur Klärung. Eine Prozessüberprüfung sei nicht Bestandteil des Auftrags gewesen, denn dafür sei mehr Geld notwendig.

Basis bilde der Auftrag aus der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung, führt der **Stadtpräsident** aus. Der Wortlaut des Auftrags des Gemeinderates sei eins zu eins an OBT übermittelt worden. Der Stadtrat habe mit seiner Botschaft Transparenz schaffen und seine Vorbehalte anbringen wollen. Bezüglich Antrag Kappeler sei er skeptisch. Dies werde nicht machbar sein, denn OBT werde sich auf den Standpunkt stellen, dass es sich um eine Aussensicht handle. Stadtrat Tresp sei nicht Projektleiter der Überprüfung gewesen, sondern lediglich Auskunftsperson. Auch die Aussage, er hätte in den Ausstand treten sollen, teile er nicht, denn es habe sich ja nicht um eine Überprüfung seiner Arbeit gehandelt. Der Bericht sei mit OBT besprochen worden und der Stadtrat habe verlangt, dass die einzelnen Passagen mit den betreffenden Dienststellen verifiziert würden. Der zuständige Berater sei zudem mit den Stellungnahmen der Dienststellen bedient worden, habe aber auf eine Stellungnahme verzichtet. Der Stadtrat wolle nun die in Ziff. 3 des Antrags der Botschaft enthaltenen Massnahmen weiter verfolgen und sei auch bereit, diejenigen von Gemeinderat Audétat hinzuzunehmen. Diese Aufträge würden aber intern weiter bearbeitet. Die Berichte der Dienststellen sollen bis Ende 2012 vorliegen, und der Stadtrat werde in neuer Zusammensetzung über das weitere Vorgehen entscheiden.



Audétat zieht seinen Antrag zurück.

Abstimmung:

Der Antrag Kappeler (Nachbesserung) wird mit 18 zu 2 Stimmen angenommen.

Schlussabstimmung:

1. Von den Massnahmenvorschlägen des Schlussberichts OBT zum Departement 3 wird Kenntnis genommen.
 2. Der Stadtrat wird beauftragt, den OBT-Bericht ohne Mehrkosten für die Stadt aktualisieren zu lassen (18 zu 2 Stimmen)
 3. Massnahme 29, Umteilung der Forst- und Alpverwaltung als Dienststelle vom Departement 2 in das Departement 3, wird per 1. Januar 2013 umgesetzt (einstimmig).
 4. Die Massnahmen 2, 7, 9, 10, 11, 13 - 16, 18, 19, 20, 22, 24 - 26, 28 und 32 werden weiter verfolgt. Im Rahmen von internen Projekten werden zu den genannten Massnahmen Entscheidungsgrundlagen erarbeitet. Über die Umsetzung wird der Stadtrat bis im Frühjahr 2014 Bericht erstatten und Antrag stellen (16 zu 4 Stimmen).
- 6. Auftrag Jürg Kappeler und Mitunterzeichnende betreffend Benchmarking für Leistungen der Stadt Chur; Bericht**

Mit Bericht vom 26. März 2012 (Geschäft Nr. 492.02) beantragt der Stadtrat, der Auftrag sei abzulehnen.

3 Wortmeldungen.

Abstimmung:

Der Auftrag wird einstimmig abgelehnt.



7. Auftrag Jürg Kappeler und Mitunterzeichnende betreffend Einführung Spezialfinanzierungen Abwasserbeseitigung und Abfallbeseitigung; Bericht

Mit Bericht vom 26. März 2012 (Geschäft Nr. 493.02) beantragt der Stadtrat, der Auftrag sei im Sinne der Erwägungen zu überweisen.

- **Antrag Kappeler**

„Der Antrag sei zu überweisen.“

- **Antrag FDP/SP**

„Der Antrag sei abzulehnen.“

7 Wortmeldungen.

Abstimmungen:

- Auf den Antrag des Stadtrates entfallen 10 Stimmen, auf denjenigen von Kappeler 6 Stimmen bei 4 Enthaltungen.
- Auf den Antrag des Stadtrates entfallen 14 Stimmen, auf den Antrag von FDP/SP 6 Stimmen.

Der Auftrag wird mit 14 zu 6 Stimmen im Sinne der Erwägungen überwiesen.

8. Auftrag Nora Scheel und Mitunterzeichnende betreffend Ausgleich von Planungsmehrwerten; Bericht

Mit Bericht vom 2. April 2012 (Geschäft Nr. 484.04) beantragt der Stadtrat, der Auftrag sei abzulehnen.

Protokollerklärung Frau Scheel: *„Der Stadtrat wartet die Verabschiedung des RPG durch das nationale Parlament ab, damit er seinen Vorschlag RPG-konform ausgestalten kann.“*

3 weitere Wortmeldungen.

**Abstimmung:**

Der Auftrag wird mit 13 zu 7 Stimmen abgelehnt.

9. Fragestunde gemäss Art. 61 Geschäftsordnung

Die Fragen von **Cahannes** bezüglich KEB-Areal werden durch **Stadtrat Tresp** beantwortet.

Die Fragen von **Scheel** und der **Fraktion Freie Liste Verda / GLP** betreffend Bewilligungspraxis bei Anlässen auf öffentlichem Grund werden durch den **Stadtpräsidenten** beantwortet.

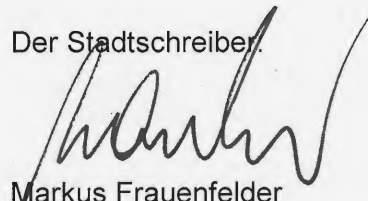
Eingang parlamentarischer Vorstösse

Der **Gemeinderatspräsident** gibt den Eingang der folgenden parlamentarischen Vorstösse bekannt:

- Auftrag Freie Liste Verda / GLP Mitunterzeichnende für die Umsetzung der innerstädtischen Bewegungsräume im Rahmen des GESAK
- Auftrag Adrian K. Müller und Mitunterzeichnende betreffend Kompetenzregelung Öffnungszeiten
- Auftrag Martha Widmer und Mitunterzeichnende zur Erstellung versenkbarer Urinale am Eingang Gäuggeliquartier: Grabenstrasse / obere Plessurstrasse

Chur, 31. Mai 2012

Der Stadtschreiber



Markus Frauenfelder

Fraktion Freie Liste-Verda/Grünliberale Partei

M. Frauenfelder, Stadtschreiber

Auftrag

für die Umsetzung der innenstädtischen Bewegungsräume im Rahmen
des GESAK

Ein integraler Bestandteil des GESAK sind auch die dezentralen Räume und Infrastrukturen für Sport und Bewegung. Grün-, Freizeit- und Naherholungsgebiete sollen vernetzt, aufgewertet oder neu erstellt werden, um Spiel- und Sportmöglichkeiten, Freiräume und Gemeinschaftsplätze für verschiedene Bedürfnisgruppen zu schaffen. Chur soll sich damit zu einem bewegungsfreundlichen Siedlungsraum entwickeln. Im Bericht „Dezentrale Räume und Infrastrukturen für Sport und Bewegung in Chur“, welcher im Rahmen des GESAK-Projektes verfasst wurde, werden mehrere mögliche Massnahmen aufgezeigt. Die Berichtverfasser schlagen unter anderem vor, den Rundweg zu ergänzen, eine Route für den Rollsport zu erstellen, Spiel- und Sportflächen durch ein Langsamverkehrsnetz miteinander zu verbinden, Laufstrecken im Siedlungsraum zu erstellen oder die Anzahl von nutzungs-offenen Freiflächen zu erhöhen.

In der ersten GESAK-Etappe sind 0.5 Mio. Franken für innenstädtische Bewegungsräume vorgesehen. Konkrete Massnahmen und Projekte für diesen GESAK-Teil liegen bis heute jedoch nicht vor.

Deshalb fordern die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner den Stadtrat auf:

1. Massnahmen und Projekte für die dezentralen Räume und Infrastrukturen vor der Abstimmung zum GESAK zu konkretisieren.
2. Geeignete Planungsinstrumente zur Förderung von Bewegungsräumen im Wohnumfeld und öffentlichen Raum dem Gemeinderat aufzuzeigen.
3. Die Zuständigkeit für die Förderung der innenstädtischen Bewegungsräume in der Stadtverwaltung zu definieren.

Chur, 10.5.2012

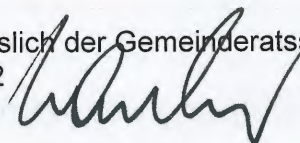
Für die Fraktion

Freie Liste-Verda/Grünliberale

Anita Mazzetta

Für die Fraktion
Freie Liste-Verda/Grünliberale

Anita Mazzetta



M. Frauenfelder, Stadtschreiber

AUFTRAG GEMEINDERAT CHUR
Adrian K. Müller – FDP Stadt Chur

Kompetenzregelung Öffnungszeiten

Zu unserem attraktiven Stadtbild gehören die vielen Geschäfte und „Lädeli“ unter anderem in der Churer Altstadt und der Innenstadt. Wie in vielen Innenstädten hat auch Chur mit diversen Problemen, wie Parkplatzmangel, Frequenzrückgängen usw. zu kämpfen. Die neuen Quartiere an der Peripherie haben hier die weitaus besseren Rahmenbedingungen. Nichts desto trotz ist eine attraktive und lebendige Innenstadt gerade auch aus Tourismussicht ein wichtiges Argument um Gäste nach Chur zu bringen. Das Einkaufserlebnis steht hier im Vordergrund.

Verschiedene Organisationen versuchen immer wieder mit attraktiven Anlässen für Einheimische und Gäste Chur attraktiv zu machen. Es versteht sich von selbst, dass sich diese Anlässe vorwiegend in der Altstadt und der Innenstadt abspielen. Aussenquartier sind davon in der Regel nicht betroffen. Während es Anlässe gibt, die dem Handel eher Umsatzeinbussen beschern (Churerfest, Fasnacht) gibt es auch immer wieder Veranstaltungen, die für die Geschäfte attraktiv sind (SF bi da Lüt, Weihnachtsmarkt) und zum Teil sogar in Zusammenarbeit mit dem Handel erst erfolgreich werden. Diese Anlässe ziehen Besucher aus Nah und Fern an. Gerade bei solchen Anlässen wäre es wichtig wenn die Altstadtgeschäfte auf unbürokratische Weise länger offen haben könnten. (Beispiel 2011 SF-bi da Lüt oder auch das Eidg. Volksmusikfest). Dies sind Anlässe an welchen es lohnenswert ist das Geschäft zu öffnen oder länger offen zu lassen. Beim Weihnachtsmarkt besteht die paradoxe Situation, dass die Geschäfte nicht gleich lange offen haben können, wie der Markt dauert. Am Sonntag bei SF bi da Lüt wären "offene Geschäfte" auch attraktiv für die Besucher gewesen.

Es besteht zwar die Möglichkeit das Geschäfte einzelne Verlängerungen der Öffnungszeiten beantragen können, dies ist jedoch nur pro Geschäft möglich und mit Gebühren verbunden. Dies hält jeweils viele Geschäfte davon ab sich an solchen Anlässen zu beteiligen. Geschlossene Geschäfte wiederum sind nicht gerade imageförderlich für die Stadt.

Vergleicht man das Ladenöffnungszeiten- mit dem Gastwirtschaftsgesetz der Stadt Chur stellt man fest, dass dem Stadtrat die gesetzliche Grundlage für eine unbürokratische Abwicklung solcher "Problemfälle" fehlt. Im Gastwirtschaftsgesetz hingegen ist die gesetzliche Grundlage unter Artikel 14 2) "Der Stadtrat kann weitere allgemeine Freinächte bewilligen" geschaffen. Es ist eine unbürokratische und gesetzlich verankerte Möglichkeit sehr flexibel und schnell zu reagieren.

Aufgrund dieser Überlegungen ersuche ich den Stadtrat, dem Gemeinderat einen Vorschlag mit einem entsprechenden Passus im Ladenöffnungszeitengesetz zu unterbreiten. Dieser könnte zum Beispiel lauten: "Der Stadtrat kann bei Anlässen von touristischer oder überregionaler Bedeutung längere Ladenöffnungszeiten bewilligen."

.../

- 2 -

Ist noch zu definieren, ob diese Bewilligungen nur für das ganze Stadtgebiet oder allenfalls auch Rayonmässig möglich sind. Die Gesuchen sind an den Stadtrat zu richten und sollen gebührenfrei sein.

Es ist wichtig festzuhalten, dass es nicht darum geht durch die Hintertüre die Ladenöffnungszeiten zu verlängern. Es geht ausschliesslich darum bei Anlässen und Veranstaltungen flexibel reagieren zu können und den administrativen Aufwand auf ein Minimum zu beschränken. Eine Autoausstellung würde folglich gleich behandelt, wie bis anhin.

Eine Regelung, wie hier vorgeschlagen wird von der IG Handel und der Vereinigung Churer Altstadt (VCA) unterstützt und ist auch im Interesse von Chur Tourismus.

Adrian K. Müller
Chur, 10. Mai 2012

W. Müller
h.
W. Müller
h.
Z. K.
J. Kappler

W. Müller
C. Hauser
J. H.
J. H.
Z. C.
J. H.



Eingereicht anlässlich der Gemeinderatssitzung
vom 10. Mai 2012

M. Frauenfelder, Stadtschreiber

Antrag Widmer zur Erstellung versenkbarer Urinale am Eingang Gäuggeliquartier: Grabenstrasse / obere Plessurstrasse

Mit dem Bau des Kreisels am Obertor wurde auch die öffentliche Toilette am Plessurquai entfernt und nicht ersetzt. Zum jetzigen Zeitpunkt hat es in der ganzen Ausgangsmeile Welschdörfli Obertor keine öffentlichen WC Anlagen. Die nächste Anlage befindet sich auf dem Arcas beim Parkhaus oder bei der Markthalle.

Die Situation besonders beim Eingang ins Gäuggeliquartier hat sich dadurch verschärft. An den Wochenenden gleicht der oberste Teil der Oberen Plessurstrasse einer WC Anlage. Da sich auch die Postauto und Busstation am Eingang zum Gäuggeliquartier befindet verrichten die Passagiere aber auch andere Nachtschwärmer ihre Notdurft an der Mauer der Villa La Nicca. Da die Strasse ein relativ starkes Gefälle aufweist läuft der ganze Urin über die Strasse zur Villa Brunnengarten. Gerade an Wochenenden ist es sehr prekär. Die Obere Plessurstrasse wird von sehr vielen Fussgängern (Senioren, Familien mit Kinder und Kinderwagen usw.) als Verbindung Neustadt Altstadt genutzt. Auch die Besucher des Wochenmarktes benutzen diese Verbindung und stören sich sehr an der stark verschmutzten Strasse. Kleinkinder müssen an der Hand geführt oder getragen werden. Dies ist wohl keine Visitenkarte für eine Alpenstadt.

Das versenkbare Urinal: Mit öffentlichen Toiletten die tagsüber diskret in der Erde verschwinden, wollen englische Städte Anstand und Sauberkeit in allzu beliebten Kneipengenden bringen. Auch in Belgien, Frankreich und den Niederlanden gibt es diese versenkbaren Urinale, im Morgengrauen versinkt das Stehkle im Erdboden und ist tagsüber nur durch die runde Steinplatte zu orten. (Weitere Infos unter www.urilift.de). Mit dieser Variante könnte das Problem wahrscheinlich nicht ganz behoben aber mindestens stark entschärft werden.

Als erste Schweizerstadt hat St. Gallen den Urilift bereits eingeführt.

Die Unterzeichnenden beauftragen den Stadtrat die Situation am Obertor aber auch an anderen Standorten zu prüfen und geeignete Massnahmen zu ergreifen, um die unbefriedigende Situation zu verbessern.

Der Gemeinderat wird bis spätestens zur November Sitzung 2012 über das Vorgehen informiert.

Chur, den 10. Mai 2012

Martha Widmer BDP Gemeinderätin

(Handwritten signatures in blue ink)



HOME	UNTERNEHMEN	PRODUKTE	NACHRICHTEN	DISTRIBUTORS	REFERENZEN	BILDER/VIDEO	PRESSE	KONTAKT	
Kanal!		Klicken Sie hier für mehr Youtube videos				Besuche hier unsere eigenen YouTube-Kanal!			

Bilder
Videos
Presse
Urilift auf YouTube

PRESSE

Pinkeln on demand: das versenkbare Urinal.

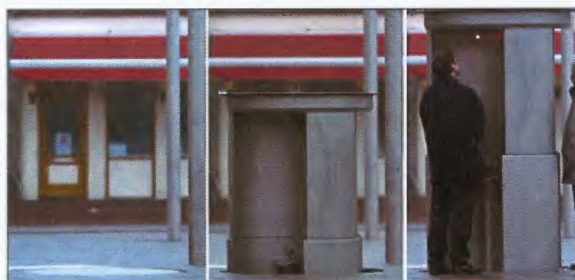
Foto: dpa

Notdurft Pipifax für Pinkelpausen

Hydraulisch versenkbare Urinale sollen die Amüsierviertel in britischen und niederländischen Städten sauberer machen.

Von Anja Burkel

Ende einer englischen Pubnacht: Der Geist ist trüb, die Wohnung weit und das kleine Bedürfnis groß. Schon plant der Kneipengänger, sich an einer Hauswand zu erleichtern – da steigt ein vermeintlicher Gullideckel wie ferngesteuert himmelwärts. Unter ihm fährt langsam eine beleuchtete Pissoir-Säule aus glänzendem Metall zwei Meter in die Höhe.



Keine dem Alkohol geschuldete Halluzination, sondern eine Neuheit des öffentlichen Toilettenwesens: Das versenkbare Urinal, kurz "Urilift". Die Erfindung aus den Niederlanden ist seit kurzem auch bei den ausgehfreudigen Briten im Einsatz. Mit öffentlichen Männertoiletten, die tagsüber diskret in der Erde verschwinden, wollen englische Städte Anstand und Sauberkeit in allzu beliebte Kneipengegenden bringen.

Fünf versenkbare Urinale im Einsatz

In den Niederlanden, der Heimat des Urilift-Patenthalters, gibt es bereits 50 solcher Steh-toiletten. Das Prinzip: Eine ferngesteuerte Hydraulikpumpe befördert das Pissoir an die Erdoberfläche. Der Zylinder aus rostfreiem Stahl hat rundum Buchten, in denen sich drei Männer erleichtern können – gleichzeitig und ohne peinlichen Blickkontakt.

Das Urinal ist an den entscheidenden Stellen beleuchtet, Extras wie Waschbecken und Beschilderung fehlen hingegen: "Die Kunden wissen instinktiv, was zu tun ist", heißt es auf der Internetseite des Herstellers. Im Morgengrauen versinkt das Stehklo im Erdboden – und ist tagsüber nur durch die runde Steinplatte zu orten, die an einen Gullideckel erinnert.

Fünf versenkbare Urinale sind in Großbritannien im Einsatz – meist auf Initiative der Stadtverwaltungen: Jeweils zwei in London und Reading, eines in Durham. Dort richteten die Betreiber einer Pubkette den umgerechnet 30000 Euro teuren Urilift ein.

Unisex-Alternative bisher nur in den Niederlanden

"Die Clubgäste", erklärt Pubmanager Tim Velema, "scheuen sich gar nicht, die Toilette zu benutzen." Für Wartung und Unterhalt zahlt die Stadt, deren Sprecher Ed Tutty erklärt: "Das Pop-up-Klo liegt in einer Straße mit sieben Pubs. Es hat der Gegend gut getan. Sonst würden die Leute in Hauseingänge, Vorgärten oder gegen Wände urinieren."

Freitags und samstags erhebt sich das Klosett um 22 Uhr automatisch aus dem Asphalt, um morgens um drei Uhr wieder zu versinken. Nach Angaben des Herstellers spült und desinfiziert es sich von allein; tatsächlich ist Geruchsentwicklung jedoch bisher nicht vollständig zu vermeiden.

Vor allem das in England um sich greifende "Binge-Drinking", ein besonders heftiges Gruppengelage, dürfte dem diskreten Pissoir zum Erfolg verholfen haben. Für Frauen, die sich – etwa bei den "Hen

Nights", dem weiblichen Pendant zum Junggesellenabschied, mitunter ebenfalls gern betrinken, gibt es jedoch noch keine Möglichkeit, sich auf der Straße zu erleichtern.

Die Unisex-Alternative des Herstellers, versenkbare Sitzklos mit abschließbarer Tür, sind bislang erst in niederländischen Städten installiert.

Welt Online: **Versenkbares Straßenklo**

Hydraulische Urinale sollen Kneipenviertel in Amsterdam sauber halten

Gleich zwei Missstände in belebten Kneipenvierteln will Erfinder Marco Schimmel aus den Niederlanden beheben: Vandalismus an Toilettenhäuschen und penetranten Gestank durch unbotmäßiges Wasserlassen an Häuserwänden der Seitenstraßen. Sein Rezept: in der Erde versenkbare Straßenklos.

Die so genannten Urilifts (www.urilift.com) bestehen aus rostfreiem Stahl. Sie müssen daher wenig gewartet werden. Außerdem verzichtet der Hersteller auf Extras, die leicht zu beschädigen wären. Die robuste Kabine können drei Leute gleichzeitig - und ohne Sichtkontakt - benutzen. Wer Drang verspürt,



drückt auf einen Knopf einer Fernbedienung, die in der Nähe - zum Beispiel an einem Laternenpfahl - angebracht ist. Eine hydraulische Pumpe fährt das Urinal nach oben. Eine Sensorplatte verhindert das Ausfahren, wenn sich Passanten über der Öffnung befinden. Eine weitere Vorsichtsmaßnahme soll vor grobem Unfug schützen: Solange sich Personen in der Kabine aufhalten, ist das Einfahren blockiert. Erst nach Verlassen lässt die Technik das Versenken zu.

Der Urilift ist direkt an das Wasser- und Abwassernetz angeschlossen und säubert sich selbst. Möglich ist dies auch über Wassertanks oder reinigende Chemikalien. Strom kommt ebenfalls über das städtische Netz. Elektrizität benötigt die Kabine für Licht und Heizung, um auch im Winter bei verschneitem oder vereistem Bürgersteig beweglich zu sein. In London und Reading hat die Stadtverwaltung bereits Urilifts im Einsatz - und sie ist damit zufrieden. Die Kabinen zerstören nicht das Straßenbild, sind nur zu sehen, wenn sie auch tatsächlich benutzt werden. Danach verschwinden sie wieder unsichtbar im Erdreich. Dadurch stören sie nicht bei Straßenbauarbeiten, zumal sich die Kabinen ganz ausfahren und entfernen lassen. Ein weiterer Vorteil: Urilift wird dort platziert, wo viele Menschen abends unterwegs sind und werden nicht in dunklen Seitengassen versteckt.

Nachdem in England auch immer mehr Frauen an so genannten Hen Nights heftig betrunken durch Kneipenviertel ziehen, ist die Nachfrage nach ähnlichen Kabinen für Frauen gestiegen. Das Ergebnis: Urilady. Das Prinzip ist gleich, nur die Ausstattung unterscheidet sich. Es sind Sitzklos mit verschließbarer Tür.
